„Revolutions-Streitfragen"
Neue Folge. — Heft 4.

Sozialismus und Bolschewismus.

Zur Revolution im Sozialismus.

Von Walter Oehme, Berlin.

1919
Herausgegeben und verlegt vom Generalsekretariat zum Studium des Bolschewismus, Berlin W 35, Lützowstr. 107 I.

Preis 0,80 M.

Sozialismus und Bolschewismus.

Zur Revolution im Sozialismus.

Von Walter Oehme, Berlin.

Es scheint das Schicksal aller Revolutionen zu sein, daß die geistige Umwälzung keineswegs Schritt hält mit dem äußerlichen gewaltsamen Umsturz. In allen in der Geschichte bekannten Revolutionen ist eine gewaltsame Zertrümmerung des Alten vorausgegangen und erst langsam die geistige Erneuerung gefolgt. Es liegt das in der Natur der Machtverhältnisse. Die Revolution entsteht aus einer unerträglichen Spannung zwischen neuen Staats- und Wirtschaftsideen und einem Staats- oder Wirtschaftssystem, das dem neuen Geist nicht mehr gerecht wird. Findet die Umstellung des Staats-Systems in der Form allmählicher Ausgleichung statt, so pflegt die allgemeine geistige Erneuerung den Tatsachen vorauszueilen und deshalb immer neu und befruchtend auf die Staats- und Wirtschaftsumbildung zu wirken. Man muß deshalb diese Entwicklung, die Form der Evolution, als die gesunde für die Völker, ihre Staats- und Wirtschaftssysteme bezeichnen. Wenn aber durch äußere Gewaltmittel diese Entwicklung künstlich aufgehalten wird, so muß, wenn die Spannung eine bestimmte Höhe erreicht hat, die gewaltsame Beseitigung der widerstrebenden Machtmittel erfolgen, es tritt die Revolution ein. Es ist durchaus fehlerhaft, zu glauben, daß der revolutionäre Akt mit dem gewaltsamen Umsturz und der Beseitigung der äußeren Widerstände, dem Niederringen der reaktionären Macht, der äußeren Zerstörung des Alten, beendigt sei, als ob nun die Entwicklung in den alten Formen der Evolution einsetzen könne. Die Lage ist nach dem äußeren Umsturz in fast allen Fällen umgekehrt, als es für die Entwicklung in Form der Evolution erforderlich wäre. Sofern die Revolution überhaupt in ihrem ersten Anprall, in dem gewaltsamen Niederwerfen der reaktionären Macht siegreich ist, zerstört sie diese Macht von Grund aus, oder nimmt ihr zumindest für einige Zeit jegliche Herrschaft aus der Hand. Der äußere Umsturz hat also zur Folge eine radikale Beseitigung der alten Gewalten, eine völlige Ausschaltung aller reaktionären Hemmnisse, eine Zerstörung des gesamten bestehenden Staatsgebäudes. Diesem plötzlichen Umschwunge vermag die geistige Umgestaltung nur sehr selten Schritt zu halten. Zwar entsteht für einen großen Teil des Volkes gefühlsmäßig gleichzeitig mit dem äußeren Umsturz ein innerer Umschwung. Es ist wesentlich, dabei zu betonen, daß dieser Umschwung, sofern er nicht überhaupt nur von Konjunkturinteressen bestimmt ist, stets zunächst nur ein rein gefühlsmäßiger bleibt. *Die geistige Umstellung ist einer derart sprunghaften Entwicklung nicht fähig. So kommt es denn, daß die äußeren Umstände der geistigen*

Entwicklung weit vorausgeeilt sind und daß nach der rein äußerlichen Revolution jener der Evolution direkt entgegengesetzte Zustand besteht, in dem die ehemals voraneilende geistige Entwicklung nicht in der Lage ist, befruchtend und fördernd, umgestaltend auf die Entwicklungsform zu wirken, indem vielmehr der geistige Umschwung weit hinter dem äußeren zurückgeblieben ist, so daß in umgekehrtem Sinne eine Spannung eingetreten ist. Aus diesem Grunde ist es nicht möglich, den Revolutionsakt allein mit dem rein gewaltsamen Umsturz zu identifizieren, ihn mit der Zerstörung des Alten gleichzusetzen, sondern die Aufgaben des Neuaufbaus sind in solchen Entwicklungsstadien von dem natürlichen Lauf der Entwicklung so wesentlich verschieden, daß eben auch dieses Stadium noch als Revolution bezeichnet werden muß.

Der weitere Verlauf der Revolution hängt nach dem siegreichen gewaltsamen Umsturz also im wesentlichen davon ab, in welchem Maße die geistige Umstellung den äußerlich veränderten Verhältnissen Rechnung zu tragen vermag. Ist die geistige Elastizität des Volkes nicht groß genug, um in kürzester Zeit dem Tempo der äußeren Entwicklung folgen zu können, so beginnt die Revolution zu versanden, es entsteht ein Konflikt zwischen den äußeren revolutionären Errungenschaften und dem geistigen Verständnis des Volkes für diese. Die Folge pflegen in den meisten Fällen neue gewaltsame Umwälzungen zu sein, da den Inhabern der neuen Macht die Erkenntnis dafür fehlt, daß die Revolution nicht am äußeren Widerstande, sondern an mangelnder geistiger Reife des Volkes zu scheitern beginnt. Die Folge ist eine immer größer werdende, allmähliche zum Chaos ausartende Verwirrung, die den Bestand der Revolution überhaupt zu gefährden beginnt, und schließlich zu reaktionären Rückschlägen führt. Gelingt es dagegen, die geistige Neueinstellung auf die neuen Probleme rechtzeitig zu vollziehen, so ist der Gang der Revolution gesichert, mit anderen Worten, *folgt auf den äußeren Umsturz auch die geistige Revolutionierung, die Geistes-Revolution, so beginnt die revolutionäre Entwicklung erfolgreich wieder in die Bahnen natürlicher Entwicklung einzulenken.*

Im geordneten Staatsleben sind die *Parteien* die Träger der politischen Entwicklungsideen. Eine revolutionäre Umwälzung im Staatsleben muß deshalb in gewissen Grenzen auch revolutionierend auf das Parteileben wirken. Zunächst muß der äußere revolutionäre Anstoß die Macht der Parteien zerstören, die bisher die Führung und Herrschaft im Staate gehabt haben. Da mit der Beseitigung der Macht die Parteien gleichzeitig ihr Herrschaftsrecht verlieren, da die Revolution, wenn sie siegreich ist, die bisher herrschenden Parteien zugleich mit ihrem Sturz moralisch ins Unrecht setzt, so ist das in den meisten Fällen mit einer Auflösung und Beseitigung der reaktionären Parteien gleichbedeutend. Aber auch auf die mehr oder weniger indifferenten Mittelparteien wirkt der revo-

lutionäre Umsturz erschütternd und gefährdet den Bestand der Partei. Da ein großer Teil des Volkes teils von äußerem Zwang befreit, teils aus plötzlich auftauchender Erkenntnis, teils aus Gründen, politischer Konjunktur durch die Revolution „geistig umlernt", so erhalten die siegreichen Parteien einen gewaltigen Zustrom von Kräften, der auch auf sie umgestaltend wirken muß. Aeußerlich ist das Bild dieser Revolution unter den Parteien gekennzeichnet durch das Verschwinden eines Teils der alten Parteien, durch ihr verändertes Wiederaufleben unter neuem Namen und durch das Entstehen neuer Parteien. Da durch die Revolution, durch den äußeren Umsturz ein großer Teil der Probleme überholt, beseitigt, erledigt, wenn auch nicht immer gelöst ist und der Vergangenheit angehört, während eine Fülle neuer Probleme in dem umgewandelten Staatswesen entstanden ist, so erfordert die Revolution eine geistige und politische Umstellung der Parteien, die so groß ist, daß sie in den meisten Fällen mit der Entstehung neuer Parteien gleichbedeutend ist. Erfolgt diese Umstellung nicht, beginnt nach den ersten Erschütterungen des Parteilebens dieses wieder in seine alten Bahnen einzulenken, werden die alten Parteiprobleme und Kampfstellungen wieder neu aufgebaut, so tritt jener Zustand ein, den wir oben als das Versanden der Revolution bezeichnen. Die Parteien als die Träger des politischen Geisteslebens des Volkes haben die Aufgabe, die geistige Revolution zu vollziehen. Dazu ist erforderlich, daß sie ihr gesamtes Parteileben auf die neuen Probleme einstellen. Erfolgt dies nicht, so entsteht ein Konflikt innerhalb der Parteien selbst insofern, als die alten Parteistellungen und Probleme mit den neuen Problemen in Widerspruch geraten. Das Parteileben verwickelt sich in Widersprüche, innerhalb der einzelnen Parteien tritt politische Verwirrung ein, und anstatt daß die Parteien die Führer in der geistigen Revolution werden, verfallen sie als Partei selbst inneren revolutionären Umwälzungen. Damit ist die Revolution in einen sehr schwierigen Zustand geraten, ist die geistige Revolutionierung besonders dadurch gefährdet, daß sie nunmehr den Kampf gegen die Partei-Institution, Partei-Organisation und Partei-Disziplin, Bürokratismus und Parteibonzentum aufnehmen muß. Dieser Kampf ist umso beschwerlicher, als er vor allem gegen die Partei geführt werden muß, die äußerlich den Sieg errungen hat und deshalb programmgebend und problemstellend wirkt. *Der Fortgang der Revolution hängt in solchen Fällen von der Revolutionierung, der inneren Umgestaltung und Neugestaltung der führenden Partei ab.*

In diesem Zustande befindet sich heute die deutsche Revolution. Nach der schnellen und siegreichen Beseitigung der reaktionären Mächte, nach der Zertrümmerung der Macht der reaktionären Parteien, dem Zerschlagen der alten Staatsgewalten, übernahm sofort die stärkste Partei, die sozialdemokratische, äußerlich die Herrschaft. *Ihre Aufgabe war es nun, die geistige Revolutionierung zu vollziehen, den bestehenden Beamtenapparat des Reiches und der Staaten, die eigene*

Parteiorganisation und die Massen des Volkes mit revolutionärem Geiste zu durchdringen. **Keine dieser drei Aufgaben ist ihr gelungen.** Sie übernahm rein äußerlich die Führung, trat aber an alle aus der Revolution hervorgehenden Probleme mit den Partei-Dogmen heran, die zu andern Zeiten geschaffen, für andere Situationen berechnet und für einen ruhigen Gang der Entwicklung gedacht waren. Dadurch ward sie keinem einzigen revolutionären Problem gerecht und brachte die Relution selbst in Gefahr. Zwar vollzog sich äußerlich eine Umgestaltung der Parteien insofern, als die meisten ihren Namen äußerlich aufgaben und ihr Programm einigen unwesentlichen Revisionen unterzogen. Da aber die führende Partei die revolutionären Probleme nicht erkannte, sondern an den alten Parteischablonen festhielt, so trat sehr bald unter dem neuen Parteinamen die alte Partei-Konstellation wieder ein, einzig und allein mit dem Unterschied, daß die Macht nunmehr in den Händen der früheren Oppositonsparteien lag. *Es war also nichts anderes eingetreten, als eine Umschaltung der Machtverhältnisse und niemand wird behaupten wollen, daß das gleichbedeutend mit revolutionärer Entwicklung ist.* Der Wahlkampf wurde deshalb ganz unter den alten Partei-Phrasen, unter genau derselben Problemstellung wie vor der Revolution geführt. Von neuem Geist und neuen Problemen war nichts zu spüren, alles ging nach dem alten Schema. Die Folge davon war, daß die im ersten Augenblick erschreckten Massen des Volkes sich bei der alten Partei-Konstellation auch wieder zu ihren alten Parteien zurückfanden, soweit sie nicht charakterlos genug waren, aus der veränderten Machtposition ihren Vorteil ziehen zu wollen. *In neuen Problemstellungen hätte der größte Teil des Volkes, der vom vorwärtsstürmenden, fortschrittlichen Geiste erfaßt war, sich wahrscheinlich auf die Seite der vorwärtsstrebenden Parteien geschlagen.* Da die Problemstellung aber die alte blieb, so konnte man von ihnen nicht erwarten, daß sie gegen das Partei ergriffen, was sie früher als richtig anerkannt hatten. Die neuen regierenden Parteien hatten deshalb mit einem Beamtenapparat zu rechnen, den sie nicht mit neuem Geiste zu erfüllen vermochten, den zu ersetzen sie aber geistig unfähig waren. So begann nach und nach der Verfall der äußeren revolutionären Errungenschaften. Die im ersten Ansturm erworbenen Positionen gingen langsam und unmerklich wieder verloren, die Revolution begann sich rückwärts zu revidieren. Dadurch verloren nun auch die revolutionären Volksmassen die Orientierung, sie begannen für den Bestand der Revolution als solcher zu fürchten, sie mußten zusehen, wie die reaktionären Elemente wieder stolz das Haupt erhoben und ungestraft in die alten Bahnen einzulenken begannen. Infolgedessen mußte eine neue radikale Strömung entstehen, die weitere äußere Zerstörung für notwendig hielt, um den Bestand der Revolution zu sichern. Da den regierenden Parteien die Kraft fehlte, den Beweis zu erbringen, daß sie die geistige Revolutio-

nierung vollziehen würden, so mußten sie gegen diese neuen gewaltsamen Umsturzversuche auf die Machtmittel des alten Systems zurückgreifen. Dadurch erklärten sie auch äußerlich ihren geistig-revolutionären Bankerott. Die reaktionären Parteien hatten das Recht, darauf hinzuweisen, daß auch die neuen Regierungsgewalten nur mit denselben Mitteln der Vergewaltigung, denselben reaktionären Methoden militaristischer und bürokratischer Natur zu regieren in der Lage waren. Inzwischen wurden die neuen Probleme aber immer dringender und es zeigte sich immer mehr, daß sie mit den alten Partei-Schlagworten nicht zu lösen waren, und so begann allmählich der Zersetzungsprozeß aller Parteien. Die revolutionären Probleme begannen aus Partei-Konstellationen zu Problemen innerhalb der Parteien zu werden. Heute ist die Situation nun so, daß keine einzige Partei mehr einen einheitlichen Charakter zeigt, daß es in jeder Partei gärt, daß der größere Teil der Parteianhänger mit der bisherigen Partei-Schablone unzufrieden ist und nach Umgestaltung der Partei strebt. Das gilt für die deutschnationale Volkspartei, wie für die Unabhängigen, für das Zentrum, wie für die Sozialdemokratie. Die revolutionären, meist jungen Elemente der einzelnen Parteien stehen einander näher als den an alten Partei-Dogmen hängenden Mitgliedern der eigenen Partei. Nur so ist es möglich, daß die jungen Elemente der deutschnationalen Volkspartei sich mit den jungen der sozialdemokratischen Partei und der Unabhängigen unter Loslösung von den Parteischablonen zu gemeinsamer Arbeit der Lösung der neuen revolutionären Probleme zusammenfinden.

An einigen Beispielen sei die falsche alte Problemstellung gegenüber den neuen Problemen erläutert. Vor der Revolution war die wirtschaftliche Problemstellung — hier Kapitalismus, dort Sozialismus — die gegebene. Heute, wo das deutsche Volk wirtschaftlich zusammengebrochen ist und vor der Aufgabe steht, seine Wirtschaft neu aufzubauen, ist die Erkenntnis allgemein, daß weder der Kapitalismus in seiner alten Form, noch der Sozialismus in den Formen des Parteiprogramms in der Lage ist, die Aufgabe des wirtschaftlichen Neuaufbaues Deutschlands zu lösen. Die alte Problemstellung ist deshalb überwunden und falsch und die Synthese heißt heute: Sammlung aller Arbeitskraft zur Entfaltung höchster Produktivität und Schaffung gesunder wirtschaftlicher Lebensbedingungen für die Erhaltung der produktiven Arbeitskraft. Auf diese Synthese werden die Parteien sich neu einzustellen haben. Dasselbe gilt vom rein politischen Gebiete. Die Probleme der demokratischen Staatsform galten für den deutschen Staat, der sich in der Blüte seiner wirtschaftlichen Entwicklung befand. Heute, wo wir vor dem wirtschaftlichen Ruin stehen, kann längst nicht mehr der Grundsatz schrankenloser politischer Gleichheit für die Staatsverfassung maßgebend sein. Die wirtschaftlichen Aufgaben verlangen eine wirtschaftliche Gliederung der Staatsverfassung. Selbst auf kulturpolitischem und religiösem Gebiete sind die alten Parteistellungen längst überholt, der Kulturkampf gehört der Vergangenheit an, und das Problem besteht darin, die religiösen und kulturellen Kräfte

fruchtbar zu machen für die Wiedergeburt des deutschen Volkes. Diese wenigen Beispiele mögen genügen, um zu beweisen, daß mit den alten Partei-Konstellationen die neuen Probleme heute nicht mehr gelöst werden können, daß diese vielmehr zur Revolutionierung der Parteien, ja zur Auflösung derselben und völligen Neukonstellation führen müssen.

Die Revolutionierung der Partei macht vor keinem Parteiprogramm, vor keiner Parteiorganisation, vor keiner noch so straffen Parteidisziplin Halt. Sie wird alle Parteien ergreifen, die bürgerlichen wie die sozialdemokratischen. Niemals ist die Fluktuation, das Hinundherströmen zwischen den Parteien so groß gewesen, wie jetzt. Ganze Ortsgruppen gehen von einer zur anderen Partei geschlossen über, und in den Parteien selbst finden sich die entgegengesetztesten Strömungen. Nicht nur, daß in der deutsch-nationalen Volkspartei Anhänger des Bolschewismus auftauchen, in der Sozialdemokratie sondern sich die rein formalistischen Demokraten immer mehr von den Anhängern einer sozialistischen Verfassung und je neuer die Parteien sind, desto größer ist die Unklarheit ihres Programms, die Uneinigkeit ihrer Mitglieder, der Widerstreit ihrer Meinungen. Diese innerliche Umwälzung muß selbstverständlich ihren Einfluß auch auf den äußeren Bestand der Parteien ausüben, deshalb sind die alten Parteien in ihrer jetzigen Form in vollem Umfange bedroht.

Es ist ohne weiteres klar, daß die Partei, die die äußere Gewalt nach dem revolutionären Umsturz übernommen hat, in besonders hohem Maße in ihrem Bestande gefährdet ist, da von ihr vor allen Dingen verlangt wird, daß sie die neu auftauchenden Probleme lösen soll. Die sozialdemokratische Partei befindet sich nach ihrem revolutionären Siege in einer äußerst unbequemen und für sie unnatürlichen Situation. **Politische Umwälzungen revolutionärer Natur, sofern sie zugleich revolutionierend auf das Wirtschaftsleben einwirken sollen, stehen in krassem Widerspruch zur sozialistischen Lehre selbst.** Die große Bedeutung der marxistischen Wirtschaftstheorie liegt gerade in der Erkenntnis, daß die wirtschaftliche Entwicklung in allen ihren Stadien, also auch zum Sozialismus, zwangsläufig durch ökonomische Tatsachen festgelegt ist und durch politische Beeinflussung nur gestört oder gefördert, nicht aber grundsätzlich umgestaltend beeinflußt werden kann. Nach marxistischen, also sozialistischen Anschauungen ist die Politik nicht ein Selbstzweck. Sie kann deshalb sich nicht selbst eine Basis oder Grundlage schaffen und von dieser aus ohne Berücksichtigung der ökonomischen Vorbedingungen gestaltend auf die Wirtschaftsentwicklung einwirken. **Nach sozialistischer Weltanschauung ist die Politik vielmehr nur die Summe der Mittel privatrechtlicher, staatsrechtlicher und völkerrechtlicher Natur, die geeignet sind, die Tendenz der wirtschaftlichen Entwicklung im Einzelleben, Staats- und Völkerleben rechtlich festzulegen.** Bestimmend für die Politik

ist deshalb stets die jeweilige ökonomische Entwicklung. Die Politik ist nur dann richtig, wenn sie die ihr zur Verfügung stehenden Mittel dazu benutzt, um die wirtschaftliche Entwicklung zur Erkenntnis der Massen zu bringen, sie ideell festzulegen und durch die Verbreitung der geistigen Formulierung der ökonomischen Tendenz zu fördern. **Die ökonomischen Tatsachen sind also das Kriterium der Politik, nicht aber die Politik ein Mittel kritischer Würdigung der wirtschaftlichen Entwickelung.** Nach Marx muß der Uebergang von der kapitalistischen Wirtschaftsform zur sozialistischen im Rahmen der natürlichen Fortentwicklung des Wirtschaftslebens zwangsläufig bedingt durch die ökonomischen Tatsachen selbst, zwar gefördert oder behindert durch die jeweilige politische Konstellation erfolgen, kann aber nicht durch politische Maßnahmen beliebig erzwungen werden, sofern nicht die ökonomischen Voraussetzungen dafür gegeben sind. Marx lehnt deshalb jeden gewaltsamen politischen Eingriff in das Wirtschaftsleben ab, in der festen Ueberzeugung, daß die ökonomische Entwicklung selbst die sozialistische Umstellung erzwingen und vollziehen werde. Die Aufgabe der sozialistischen Parteien war es lediglich, diese Erkenntnis zu fördern und dafür zu sorgen, daß die politische Konstellation mit der wirtschaftlichen Entwicklung jeweils gleichen Schritt hielt. Durch die Revolution, die die sozialdemokratische Partei in Deutschland zur herrschenden machte, ist nunmehr ein großes neues Problem entstanden. Die sozialdemokratische Partei übernimmt die politische Macht auf Grund eines revolutionären Umsturzes. Ihre Anhänger erwarteten nunmehr in Verkennung der marxistischen Wirtschaftstheorien eine ebenso revolutionäre Umstellung der kapitalistischen Wirtschaft zur sozialistischen. Schon bei ganz normalen Wirtschaftsverhältnissen wäre dieser Gang der Entwicklung unmöglich und der marxistischen Weltanschauung widersprechend gewesen. *Die politische Macht der sozialdemokratischen Partei konnte einzig und allein dazu dienen, die wirtschaftliche Entwicklung zum Sozialismus, sofern sie durch äußere politische Maßnahmen künstlich aufgehalten worden war, zu fördern und die politischen Hemmnisse zu beseitigen.* Wäre also die sozialdemokratische Partei in Zeiten normaler Wirtschaftsentwicklung zur politischen Herrschaft gelangt, so hätte sie vor der Aufgabe gestanden, zu erwägen, durch welche politischen Hindernisse, nicht aber wirtschaftlichen Hemmnisse der natürliche Gang der Wirtschaftsentwicklung zum Sozialismus hin aufgehalten worden sei. *Das wirtschaftliche Kriterium dafür war ebenfalls in der marxistischen Lehre gegeben und wird durch den Begriff der Produktion* dargestellt. Alle Formen wirtschaftlicher Produktion, die noch kapitalistischen Charakter tragen, und die beim jeweiligen Stande der ökonomischen Entwicklung eine erhöhte Produktionstätigkeit durch die Sozialisierung erlangen können, müssen in diese neue Wirtschaftsform übergeführt werden. Für diejenigen, für die die Gefahr einer Produktionsminderung durch die sozialistische Wirtschaftsform entsteht, ist die ökonomische Entwicklung

noch nicht reif. Schon diese Situation wäre für die sozialdemokratische Partei eine überaus schwierige gewesen, insofern, als nicht die wirtschaftliche Entwicklung selbst die Form der sozialistischen Umstellung erzwungen hätte, sodaß die Aufgabe entstanden wäre, die Tendenz der Wirtschaftsentwicklung bis in ihre letzten Kleinigkeiten zu erkennen, sie zu beobachten und ihnen entsprechend die Umgestaltung nach theoretischen Erwägungen zu vollziehen.

Die sozialdemokratische Partei fand aber in dem Augenblick, in dem sie die politische Herrschaft übernahm, nicht den erwarteten natürlichen Wirtschaftszustand vor. Das deutsche Wirtschaftsleben befindet sich heute nicht auf dem Wege einer gesunden, natürlichen Entwicklung. Es ist durch die Kriegswirtschaft, die Raubbau an der deutschen Wirtschaftskraft getrieben hat, entkräftet durch die wirtschaftliche Blockade der Gegner großen Teils zerstört und durch die revolutionären Umwälzungen, die harten Friedensbedingungen in seinem Bestande gefährdet. Die Aufgabe der sozialdemokratischen Partei wird durch diese wirtschaftliche Lage gewaltig erschwert. Das sozialistische Wirtschaftssystem hat sich nicht im Rahmen der natürlichen Entwicklung durchgesetzt, kann heute nicht seine Kraft in einem gesunden Wirtschaftsleben entfalten, sondern steht vor der Aufgabe, die Wirtschaft des deutschen Volkes vor dem völligen Zusammenbruch zu bewahren und von neuem aufzubauen. Es sei nur nebenbei erwähnt, daß die physische und psychische Entkräftung, die der Weltkrieg zur Folge haben muß, und die sich heute in Arbeitsunlust und weitgehender Demoralisation äußert, diese Aufgabe noch erheblich erschwert. *Es war von vornherein klar, daß gegenüber dieser völlig unerwarteten und neuen Situation das bisherige Aktionsprogramm der sozialdemokratischen Partei versagen mußte.* **Dieses Versagen brachte eine gewaltige Enttäuschung der auf den Sozialismus vertrauenden proletarischen Massen mit sich, die da glaubten, daß der Verzicht auf die gewaltsame sofortige sozialistische Umgestaltung der deutschen Volkswirtschaft ein Verrat am Sozialismus sei.** Dabei hatten diese Massen zu einem großen Teil nicht Unrecht, insofern nämlich, als die Führer der sozialdemokratischen Partei den neuen Problemen nicht gewachsen waren, sie nicht zu meistern vermochten und deshalb selbst auf die im ökonomischen Rahmen gegebenen Sozialisierungsmöglichkeiten verzichteten. *Die Folge mußte eine Verwirrung und Zersplitterung der sozialdemokratischen Parteien sein.* Während die Einen nach der proletarischen Diktatur riefen, in dem Wahn, daß durch die absolute politische Macht die sozialistische Umgestaltung der Wirtschaft erzwungen werden könne, tasteten die Anderen ratlos und ziellos im Wirtschaftsleben des deutschen Volkes umher, verwechselten die Wirtschaftsinteressen des deutschen Volkes mit einseitigen Arbeiter- und Lohninteressen und verloren völlig die Richtschnur des Produktionsinteresses. Auf diese Art entstand eine Fülle von sozialistischen Strömungen, die im Folgenden zur Darstellung gebracht werden sollen, um uns den Weg zu weisen, der zur Neuorientierung des Sozialismus führen soll.

Um die Entwicklung der sozialistischen Parteien nach der Revolution verstehen zu können, ist es notwendig, den Stand der sozialistischen Bewegung vor dem Kriege und den Entwicklungsgang während des Krieges festzustellen. Vor dem Kriege bestand die damals noch einheitliche sozialdemokratische Partei aus zwei Gruppen, den Radikalen und den Revisionisten. Diese Scheidung war aber keineswegs eine reinliche Scheidung zwischen den Parteigruppen, sondern bedeutete vielmehr den Widerspruch von Theorie und Praxis. Eine eigentliche theoretische Entwicklung, eine feststehende sozialistische Theorie gab es in der offiziellen Partei überhaupt nicht. Man hielt offiziell noch immer an den von Kautsky vertretenen radikalen Zusammenbruchstheorien fest und führte unter diesem Gesichtspunkte auch die gesamte Agitation und Beeinflussung der Massen. **In der Theorie also und dem Wahlkampfe, überall da, wo es auf Worte ankam, war die Partei radikal, überall, wo es praktische Arbeit zu leisten galt, in den Parlamenten, bediente man sich des Revisionismus.** Die Reichstags-, wie die Landtagsfraktion, die Stadtverordnetenfraktion, wie unsere Genossen in den Gemeinde-Vertretungen orientierten ihre Arbeit keineswegs etwa nach den Gesichtspunkten der radikalen Zusammenbruchstheorie, sondern leisteten nach Möglichkeit praktische Mitarbeit an der Umgestaltung und Reformierung des Staatswesens und huldigten auf diese Weise der tieferen revisionistischen Auslegung des Marxismus, die den Hauptwert auf die langsame Umgestaltung des Staats- und Wirtschaftslebens zum sozialistischen Staats- und Wirtschaftssystem hin legte. In Sonderheit galt das von der Arbeit in den Kommunen selbst. Der neu entstehende Kommunalsozialismus allein war eine praktische Widerlegung der radikalen Zusammenbruchstheorien, bedeutete er doch nichts anderes, als die praktische Mitarbeit der Partei in allen wichtigen politischen und wirtschaftlichen Fragen mit dem Ziele der langsamen sozialistischen Umgestaltung der Wirtschaft auf dem Wege der natürlichen Entwicklung. Damit verließ die praktische Tätigkeit der Partei vollkommen den theoretischen Standpunkt der Katastrophentheorie. Noch bis zum Jahre 1898 hatte die Partei das Genossenschaftswesen abgelehnt, weil es der Katastrophentheorie widersprach, und der „Vorwärts“ hatte stets diese Organisation als durchaus kleinbürgerlich und unsozialistisch bekämpft, erst mit der Errichtung der Hamburger „Produktion“, der ersten sozialdemokratischen Genossenschaft durch von Elm trat auch in der Frage des Genossenschaftswesens ein Umschwung in der Partei ein. Zwar erkannte die Partei auch jetzt noch nicht die wahre Bedeutung des Genossenschaftswesens so, daß sie versucht hätte, sich theoretisch mit diesem Problem abzufinden. Sie erkannte es praktisch an, obwohl es der parteioffiziellen Theorie vom Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschaft in jeder Hinsicht widersprach. Nur die kleine Gruppe der Revisionisten bemühte sich in den „Sozialistischen Monatsheften“, dem Genossenschaftswesen gerecht zu werden und sein theoretisches Wesen systematisch zu behandeln. Dieser Widerspruch von Theorie und Praxis, der Gegensatz von theoretischem

Radikalismus und praktischem Revisionismus, durchzieht das gesamte Parteileben der Zeit vor dem Kriege. **Die Geschichte aller Parteitage seit dem hannoverschen Parteitag ist die Geschichte des Kampfes um eine neue Theorie, um die Vereinigung der revisionistischen Praxis mit einer Revision der radikalen Idee.**

Obwohl also die offizielle Parteileitung längst erkannt hatte, daß die radikalen Parteiphrasen, die Lehre von der Verelendung der Massen und dem bevorstehenden Zusammenbruch des Kapitalismus, sich längst als falsch erwiesen hatten, obwohl die offizielle Parteileitung in ihrer praktischen Arbeit dieser Erkenntnis längst Rechnung trug, wagte sie doch nicht, den Massen diese neue Erkenntnis kundzugeben, sondern beharrte bei den alten Schlagworten der phrasenhaften Parteiagitation, einer maß- und grenzenlosen Regierungskritik, während ihr die Schwierigkeiten der sozialistischen Umgestaltung selbst keineswegs unbekannt waren. Die Folge war eine schwere Irreführung der Arbeitermassen. Man wiegte diese in sozialistische Zukunftsträume, von denen man genau wußte, daß, falls man zur Regierung gelangen sollte, man sie nicht werde erfüllen können, weil sie eben der sozialistischen Weltanschauung von den Gesetzen der ökonomischen Entwicklung prinzipiell widersprachen. Die offizielle Parteileitung fürchtete aber die Herrschaft über die Massen zu verlieren und hielt deshalb ängstlich am Phrasenkram der unter den Parteiführern heimlich belächelten Wald- und Wiesenagitation fest. Die Quittung für diese gewissenlose Taktik erhielt die Partei mit dem Eintritt der Revolution. Zur Macht gelangt, verlangten die Arbeitermassen die Erfüllung all ihrer Wünsche, und als die Führer die Unmöglichkeit eingestehen mußten, wandten sie empört und enttäuscht der Partei den Rücken.

Der Widerspruch der offiziellen Agitation und der theoretischen Radikaltheorie mit der praktischen Arbeit der Partei nach revisionistischen Grundsätzen verhinderte auch eine grundsätzliche Erörterung der wirtschaftstheoretischen Fragen und die Ausbildung einer Wirtschaftstheorie. Eine wirtschaftstheoretische Entwicklung besaßen allein die Revisionisten in ihrem Hauptorgan, den „Sozialistischen Monatsheften“. Die Partei selber beschäftigte sich ausschließlich mit politischen Fragen. Die Eroberung der politischen Macht war für sie das A und O der Parteiarbeit. Erkämpfung des geheimen, allgemeinen und gleichen Proportionalwahlrechtes, Erringung einer parlamentarischen und republikanischen Staatsform, Beseitigung des Militarismus — das waren die Ziele der Parteiagitation, die sich somit auf ausschließlich politischem Gebiete bewegten. Auch diese Beschränkung war vor allen Dingen deshalb gegeben, weil die Parteileitung sich fürchtete, die Massen vor den Kopf zu stoßen, indem sie zugab, daß die radikalistisch aufgetischten Phrasen nicht nur unerfüllbar seien, sondern letzten Endes mit der sozialistischen Weltanschauung in absolutem Widerspruch standen. Auch hier brachte die Revolution die Quittung auf diese rein parteitaktische Haltung.

Die Partei war, nachdem der Umsturz alle politischen Forderungen plötzlich erfüllt hatte, und ihr rein demokratisches Programm erschöpft war, vollkommmen ziel- und planlos. Nur so konnte es geschehen, daß eine sozialistische Regierung in völliger Unkenntnis des Wesens eines sozialistischen Staats-Systems den Verfassungs-Entwurf der jungen Republik einem Demokraten zur Bearbeitung überlassen konnte.

Die praktische Arbeit auf wirtschaftlichem Gebiete leisteten die Gewerkschaften, die in richtiger Erkenntnis der wirtschaftlichen Entwicklung die parteioffizielle Zusammenbruchs- und Verelendungstheorie ablehnten und deshalb ständig in einem gewissen Gegensatz und Kampf zu den Parteiinstanzen standen. Eben aber aus dieser Ablehnung des Parteiradikalismus entstand für sie die Möglichkeit weitgehender praktischer wirtschaftlicher Reformarbeit, die sie mit großem Erfolge geleistet haben, so daß alle wirtschaftlichen Errungenschaften nicht der sozialdemokratischen Partei, sondern den Gewerkschaften zu verdanken sind. Sie errangen wichtige wirtschaftliche Positionen und Reformen, so vor allem das Kollektivarbeitsrecht.

Die Ausbildung einer wirtschaftlichen Theorie blieb deshalb unter Mitarbeit der Gewerkschaften einzig und allein der revisionistischen Gruppe vorbehalten. Zwar sah die Partei, wenn auch ohne genaue Formulierungen, das Wesen des Sozialismus in der Vergesellschaftung der Produktionsmittel, aber maßgebend war für sie dabei mehr der Gesichtspunkt der Distribution, der gleichmäßigen Verteilung der Produktion und die Beseitigung des Mehrwertes. Der Gesichtspunkt, der heute für die gesamte sozialistische Richtung der maßgebende ist, die Erhöhung der Produktion, war der Partei noch völlig fernliegend und wurde konsequent nur durch die revisionistische Gruppe in den „Sozialistischen Monatsheften" vertreten. Die Partei kannte für die Vergesellschaftung der Produktionsmittel diesen höheren Gesichtspunkt der Produktionserhöhung noch nicht, so daß diese Erkenntnis durch ihre Agitation nicht in die Massen hineingetragen werden konnte. Ein schwerer Fehler, der sich heute umsomehr rächt, als den Massen jetzt das Verständnis für diese das deutsche Wirtschaftsleben restlos bedingende Forderung fehlt.

Auch die Partei der Ultraradikalen, die unter Verwerfung des Parlamentarismus und des politischen Kampfes das Hauptkampfmittel der Arbeiterschaft in dem Generalstreik, also in einer wirtschaftlichen Agitation sahen, auch diese Gruppe unter der geistigen Führung von Rosa Luxemburg besaß keine ausgeprägte sozialistische Wirtschaftstheorie. Sie stand den Anarchosozialisten, die sich etwa um Friedeberg und Julian Borchardt scharten, am nächsten, diese vertraten eine längst überwundene Form des Urmarxismus, eines Marxismus, der sowohl die theoretische Entwicklung von Marx selber, als auch die nachmarxistische

Entwicklung der sozialistischen Ideen vollkommen außer Acht ließ und sich auf die rein formale Vergesellschaftung der Produkte selbst beschränkte. Diese Form des Sozialismus, die seinem Wesen vollkommen widersprach, pflegte man damals als den wirtschaftlichen Kommunismus zu bezeichnen, der im Gegensatz zur Vergesellschaftung der Produktion die vollkommene Gleichheit des Konsums verlangte.

Es kann kein Zweifel sein, daß bei einer normalen Entwicklung in der Partei die Kämpfe zwischen den einzelnen Richtungen mit einem völligen Siege des Revisionismus geendet hätten. Die Anzeichen waren dafür mehrfach gegeben, besonders deutlich trat dies auf dem Parteitage im Jahre 1912 hervor, auf dem die Partei die Einsetzung einer Agrarkommission beschloß, die eine Revision des Parteiprogramms in den Agrarfragen beraten sollte. Damit begann die Partei in die Bahnen des theoretischen Revisionismus einzulenken und ihre radikalistischen Theorien von den Voraussetzungen der Verelendung der Massen und dem Zusammenbruch des Kapitalismus zu verlassen.

Der Weltkrieg war von entscheidendem Einfluß auf die weitere Entwicklung der sozialdemokratischen Theorie und Praxis. Die Entstehung des Begriffes der „nationalen Solidarität" beraubte die sozialdemokratische Partei zunächst einer eigenen parteipolitischen Tätigkeit. Schon diese Lahmlegung der rein politischen Betätigung mußte das Interesse mehr auf das wirtschaftspolitische Gebiet lenken. Dazu kam noch ein anderes. Wenn auch zu Beginn des Krieges in der sozialdemokratischen Partei vielfach die Auffassung bestand, als ob es sich um einen politischen Kampf gegen den die demokratische Entwicklung bedrohenden Zarismus handele, so förderten die Tatsachen doch sehr schnell die Erkenntnis, daß in seinen letzten Konsequenzen England in diesem Kriege den Kampf um seine Weltherrschaft kämpfe, daß es sich also ausschließlich um wirtschaftliche Ziele des Krieges handele. Die Bedrohung der deutschen Industrie durch die Abschneidung von den Rohstoffgebieten, die Schädigung der Volksgesundheit und wirtschaftlichen Arbeitskraft durch die Hungerblockade machten auch dem radikalsten Arbeiter die wirtschaftliche Bedeutung des Krieges klar. Der Marxische Satz, daß wer nicht verstanden habe, daß ein Volk ein anderes ausbeuten könne, auch die Ausbeutung eines Menschen durch einen anderen nicht verstehen könne, ward mehr und mehr Allgemeingut. Dadurch trat in den Gedankenkreis des Arbeiters die Ueberzeugung, daß der Bestand der deutschen Wirtschaft eine der wichtigsten Vorbedingungen für die weitere Entwicklung zum Sozialismus sei. Damit war aber allen radikalen Theorien und Agitationsphrasen die Hauptbasis entzogen. Die Arbeiterschaft rang sich während des Kampfes gegen den „Despoten des Weltmarktes" zu der Erkenntnis durch, daß die deutsche Wirt-

schaft nicht völlig unabhängig von der Gesamtweltwirtschaftslage sei, daß also, auch die Existenz der deutschen Arbeiterschaft durch die Lage der Weltwirtschaft mit bedingt sei und daß die Erhaltung der nationalen Volkswirtschaft eine der ersten Vorbedingungen für die sozialistische Entwicklung sei. Das mußte eine entscheidende Wendung für die wirtschaftlichen Theorien der Partei bedeuten. Die Unklarheit vergrößerte sich nach jeder Richtung, es war erkennbar, daß sich etwas Neues bilden mußte. Aber die führenden Geister der Partei hatten weder Mut noch Muße sich dieser Aufgabe ernsthaft zu widmen und so trat während des Krieges bereits eine gewisse Ziellosigkeit, Planlosigkeit in der sozialdemokratischen Partei zutage. Die Teilung in die beiden Parteien der Mehrheitssozialisten und Unabhängigen war für den theoretischen Sozialismus ohne Bedeutung. Beide Parteien hielten ja durchaus am alten Programm fest und besaßen wirtschaftlich keine Differenzpunkte, unterschieden sich vielmehr einzig und allein durch die politische Auffassung des Krieges, den die Unabhängigen als einen reinen Annexionskrieg erkannt zu haben glaubten, während die Mehrheit der Partei an dem Begriffe des Verteidigungskrieges festhielt.

Den Wendepunkt bildete die russische Revolution. Ihr Ausbruch bewirkte neue Parteiungen. Während die frühere Absplitterung der Unabhängigen keine sozialistische Spaltung bedeutete, sondern nur durch politisch taktische Fragen bedingt war, traten nunmehr Spaltungen von sozialistischem Charakter, das heißt in der Auffassung der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung hervor. Wenn diese Spaltung auch zunächst noch nicht äußerlich akut wurde, so hatte doch die russische Revolution sofort in beiden Parteien innere Parteispaltungen zur Folge. Der russische Bolschewismus, der in Rußland durch die Revolution die politische Macht errungen hatte, stand vor der Aufgabe, das zum größten Teil noch agrarwirtschaftliche Land in ein Gebiet mit sozialistischer Wirtschaftsverfassung überzuführen. Nach der marxistischen Lehre mußte dieses Land, das noch nicht einmal die kapitalistische Wirtschaftsform zu voller Ausprägung gebracht hatte, weiter als jedes andere von der Entwicklung zum sozialistischen Wirtschaftsleben entfernt sein. Es war deshalb für die zur Herrschaft gelangten Sozialisten Rußlands fast aussichtslos, daß sie durch Jahrzehnte hindurch bis zur langsamen Entwicklung zur sozialistischen Wirtschaft die Herrschaft würden aufrecht erhalten können. Dadurch wird durchaus verständlich, daß sie, im Gegensatz zur marxistischen Lehre, die Hoffnung auf die Einführung des Sozialismus durch revolutionäre Gewaltmaßnahmen nicht aufgaben. Sie stellten sich auf den Boden des revolutionären Kommunismus und strebten danach, die Bourgeoisie gewaltsam zu stürzen, um die Diktatur des Proletariats zu errichten und die sozialistische Gesellschaftsordnung durch Dekrete einzuführen. Die wahrhafte marxistische Lehre der ökonomisch bedingten

Entwicklung zum Sozialismus lehnten sie als opportunistisch, kleinbürgerlich und als eine Verwässerung des Marxismus ab. Diese praktisch sofort erprobte Wirtschaftsauffassung, die den proletarischen Massen die sofortige Erreichung gewaltiger wirtschaftlicher Vorteile in Aussicht stellte, wirkte in Deutschland theoretisch nach und hatte das Entstehen der deutschen kommunistischen Richtungen zur Folge. Damit begann in der Sozialdemokratie Deutschlands der Kampf um wirkliche sozialistische Wirtschaftsprobleme. Von nunmehr ward die Spaltung der Partei auch sozialistisch zur Tatsache. Die deutschen Bolschewisten oder Kommunisten nahmen die Unabhängigen ins Schlepptau, sodaß nunmehr zwischen den Mehrheitssozialisten und Unabhängigen auch tatsächliche sozialistische Differenzen bestanden. Da aber der Bolschewismus oder der russische Kommunismus, was nach dem Beschluß des 7. russischen Parteikongresses im Januar 1918, der der Partei den Namen russischkommunistische Partei (Bolschewicki) gab, gleichbedeutend ist, in Rußland praktisch und in Deutschland theoretisch sehr schnell bankerott machte, so entstand eine Fülle neuer bolschewistischer Strömungen, die heute alle auf der Basis der kommunistischen Ideen Rußlands nach neuen Wirtschaftstheorien ringen.

Bevor wir unter Darstellung dieser nach Konsolidierung ringenden Parteirichtungen unter Beobachtung der Entwicklung der übrigen sozialistischen Richtungen versuchen eine Synthese für die künftige Form des Sozialismus zu finden, erscheint es uns notwendig schon an dieser Stelle kurz die Frage aufzuwerfen, woher der große Umschwung innerhalb der deutschen Sozialdemokratie in den Fragen der wirtschaftlichen Entwicklungsauffassung kam. Es ist ohne weiteres klar, daß eine Idee ihren gewaltigen geistigen Einfluß nicht durch das falsche ausübt, das sie enthält, sondern immer nur durch den Kern der Wahrheit, den sie in sich trägt. **Dieser Kern der Wahrheit ist der Rätegedanke, in dem völlig unbewußt und unbeabsichtigt die Kommunisten dem Prinzip der Produktionserhöhung huldigen,** und es kann deshalb kein Zweifel sein, daß an dieser Stelle bereits der Kristallisationskern für eine erfolgreiche neue Synthese gegeben ist. Zum Verständnis der heutigen um Anerkennung ringenden Richtungen des Kommunismus ist es notwendig, in der Geschichte des Sozialismus und Kommunismus ein wenig zurückzugreifen. In den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts besaß der Sozialismus noch keine feste Theorie und die Sozialisten waren sich lediglich in der Ablehnung des kapitalistischen Wirtschaftssystems einig, ohne einen festen Plan darüber zu haben, wie dieses zu beseitigen und umzuwandeln sei. Die Form der revolutionären Umwälzung lehnten sie damals bereits ab, wenn auch nicht aus wirtschaftlichen, so aus politischen und ethischen Gründen, und sie erwarteten durch eine Verbesserung und Vervollkommung des Wirtschaftssystems die Beseitigung seiner Fehler. Sie bemühten sich deshalb gemeinsam mit allen Gesellschaftsschichten durch Reformen diese Umwandlung zu vollziehen und lehnten die Idee des Klassen-

kampfes ab. Ihnen gegenüber standen die Kommunisten, die den Klassenkampf propagierten, die durch revolutionären Aufstand des Proletariats die Gesellschaftsordnung des Kapitalismus vernichten wollten, durch die Eroberung der politischen Macht die völlige Expropiierung der Bourgoisie erstrebten und mit politischen Zwangsmaßnahmen die Einführung einer Gesellschaftsordnung herbeiführen wollten, in der alle Produktionsmittel und Werkzeuge, ebenso wie die durch die Produktion geschaffenen Güter der Arbeiterklasse gehörten. Ihre Ansichten wurden noch durch Marx und Engels im Manifest der kommunistischen Partei in dieser Form festgelegt. Erst mit der Entwicklung der marxistischen Theorie, ihrer Durchbildung durch Marx selber begann dieser Gegensatz mehr und mehr zu schwinden, so daß in den sechziger und siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts die Begriffe Sozialismus und Kommunismus fast identisch waren. Die Sozialisten betonten zwar als ihr Hauptziel die Vergesellschaftung und planmäßige Regelung der Produktion und erwarteten von der Ueberführung der Produktionsmittel aus dem Privatbesitz in den Allgemeinbesitz und durch die Umwandlung der freien unorganisierten mit privaten Profitinteressen verknüpften Produktion in eine planmäßige organisierte gesellschaftlich geregelte Produktion die Lösung der sozialen Frage. Die Kommunisten sahen in dieser Form des Sozialismus mehr ein Uebergangsstadium als eine völlige Problemlösung und erwarteten als Folge der Sozialisierung eine gerechte Verteilung der durch die vergesellschaftete Produktion erzeugten Werte. Es handelte sich also lediglich um zwei Stadien des Sozialismus. Während im ersten Stadium die Umwandlung der kapitalistischen Produktion in die sozialistische im Vordergrund stand, alles also auf die Erhaltung und Erhöhung der Produktion ankam, galt im zweiten Stadium, diese Produktionserhöhung als gesichert, so daß dann eine Verteilung der Produktionsgüter erfolgen könne. Im Laufe der Jahrzehnte hat diese kommunistische Anschauung einige Wandlungen erfahren, auf die später noch zurückzukommen sein wird. Es ist wichtig, zu betonen, daß noch am Ende des 19. Jahrhunderts sämtliche sozialistischen, wie kommunistischen Richtungen der Ueberzeugung waren, daß das Ziel einzig und allein durch revolutionäre Umwälzung, durch Klassenkampf, Erkämpfung der politischen Macht und Diktatur des Proletariats zu erreichen sei. Auch die deutsche Arbeiterpartei, die als erste den Namen Sozialdemokratie annahm, sah nur in der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat das Mittel zum Sturze der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und ihrer Umwandlung in eine solche auf kommunistischer Grundlage. Es war nicht nur der Zwang zu praktischer Arbeit, sondern auch die langsame fortschreitende tiefere Erkenntnis der marxistischen Geschichtsauffassung, die dazu führte, daß die Partei von ihrem Maximalprogramm, wie es oben bereits geschildert wurde, mehr und mehr abrückte und sich zu einem Minimalprogramm bekannte, das im wesentlichen demokratische, d. h. politische Ziele enthielt. Es ist für das

Verständnis des Geisteslebens des deutschen Proletariats in diesen Tagen von großer Bedeutung, diese Zusammenhänge richtig zu übersehen und einzuschätzen. Im tiefsten Innern lebte überall in den Arbeitern die Ueberzeugung, daß durch politische Dekrete die Umwandlung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung in die sozialistische erfolgen könne. Wenn sie deshalb nicht in der Umwandlung der wirtschaftlichen Zustände das Ziel und die Hauptaufgabe der Partei sahen, so nur deshalb, weil sie von der Erkämpfung der politischen Macht die Lösung aller wirtschaftlichen Probleme erwarteten. Wenn nun die Praxis der politischen Arbeit zur Erringung einzelner politischer Vorteile zwang, wenn nun gegenüber den kommunistisch Radikalen, die durch revolutionäre Gewaltmaßnahmen die Eroberung der politischen Macht anstrebten, die gemäßigten sozialdemokratischen Führer die politische Macht durch langsamen Fortschritt, parlamentarischen Einfluß und politische Reformen zu erreichen suchten in der Ueberzeugung, daß diese Entwicklung mit der wirtschaftlichen Fortentwicklung zum Sozialismus gleichen Schritt halten werde, so blieb doch in den Massen, die von den Führern längst als falsch erkannte Ueberzeugung bestehen, daß mit der Eroberung der politischen Macht die Möglichkeit der sofortigen Umwandlung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung in die sozialistische gegeben sei. Die Kommunisten hielten im Gegensatz zu dieser Politik, die sie als Opportunismus ablehnten, an dem Ziel revolutionärer Umwälzungen zur Erreichung der proletarischen Diktatur unbeirrt fest. Sie lehnten deshalb auch den Standpunkt der Anarchokommunisten, die gerade in der proletarischen Diktatur eine Gefährdung der sozialistischen Gesellschaftsordnung sahen, ab. Sie sahen in dem Standpunkt der Anarchokommunisten lediglich das dritte Stadium der sozialistischen Wirtschaftsordnung, in dem nach Beseitigung der Klassenunterschiede mit Hilfe einer durch zeitweilige Diktatur des Proletariats geschaffenen sozialistischen Gesellschaftsordnung die Staatsform als solche von selbst überflüssig werde. Es ist nicht unwesentlich, daß sie diese Erkenntnis damit begründeten, daß die neue sozialistische Ordnung nicht an einem Tage eingeführt und durch Dekrete nicht organisiert werden könne, und daß zu diesem Zwecke eine längere proletarische Diktatur notwendig sei. Es zeigt sich hier, daß also auch zwischen den Sozialisten und Kommunisten in dieser Beziehung kein prinzipieller Unterschied besteht. Auch die Kommunisten gestehen zu, daß die sozialistische Gesellschaftsordnung nicht durch Dekrete allein geschaffen werden kann, nur erwarten sie durch eine längere proletarische Diktatur die Möglichkeit einer gewaltsamen Umstellung der Wirtschaftsordnung, eine Inkonsequenz, die eben nur durch den Mangel der Kenntnis wirtschaftlicher Entwicklungsbedingungen erklärlich wird.

Die Entwicklung der sozialistischen Ideen hat auch den Kommunismus nicht unverändert gelassen, und so ist es gekommen, daß unter dem Druck der marxistischen Geschichtsauffassung die ursprünglichen direkten kommunistischen Ziele mehr und mehr zu utopistischen

Fernzielen geworden sind, *sodaß die heutigen kommunistischen Theorien eigentlich nur eine wenig veränderte Form der alten radikalen sozialistischen Theorien darstellen*, und auch hier wieder tritt die eigenartige Erscheinung zu Tage, daß die Führer bereits zu wirtschaftlich tieferer Erkenntnis durchgedrungen sind, ohne den Massen rechtzeitig diese Erkenntnisse übermitteln zu können.

Die proletarischen Arbeitermassen erwarteten von der Revolution, die die Arbeiterklasse zur politischen Macht gebracht hat, die sofortige Umwandlung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung in die sozialistische. Als sich die Unmöglichkeit dieser sofortigen Umwandlung herausstellte, konnten die Massen darin nicht eine Bestätigung der marxistischen Lehre von der ökonomischen Entwicklung erkennen, da ihnen diese durch die Schuld der Führer nicht geläufig war. Sie glaubten vielmehr, daß die politische Macht noch nicht in vollem Umfange in den Händen des Proletariats sei, und die im Unbewußten schlummernden Ideen von der Diktatur des Proletariats traten mit großer Schärfe wieder in den Vordergrund. Die Kommunisten erklärten den Bankerott der sozialdemokratischen Theorien und gewannen die Arbeiterschaft, die noch immer auf die sofortige Durchführungsmöglichkeit des Sozialismus hoffte, durch die Erinnerung an die alten wohlbekannten Begriffe der proletarischen Diktatur. *Die Massen der kommunistischen Arbeiterschaft erwarten heute von der Erreichung der Diktatur des Proletariats die sofortige Einführung der sozialistischen Gesellschaftsordnung.* Sie haben nicht mit Unrecht erkannt, daß die politische Freiheit noch nicht gleichbedeutend mit wirtschaftlicher Freiheit ist, und daß mit der Erreichung der demokratischen Ziele keineswegs das proletarische Kampfziel erreicht ist. **Es kann nicht bestritten werden, daß diese Erkenntnis von der Unzulänglichkeit der formalen Demokratie zu einer Basis für die neuen sozialistischen Synthesen werden muß**, nur ist dies nicht möglich auf dem von den kommunistischen Massen erwarteten Wege. Bisher hatte man geglaubt, daß durch die Erringung der politischen Demokratie, die zur sozialistischen Herrschaft führen müsse, auch die Durchführung der sozialistischen Gesellschaftsordnung gegeben sei. Als nunmehr die Erfüllung dieser Hoffnung ausblieb, sah man die Ursache nicht in dem prinzipiellen Fehler der Methodik der Anschauung, nicht darin, daß politische Zwangsmaßnahmen überhaupt nicht prinziell umgestaltend auf das Wirtschaftsleben wirken können, sondern glaubte sie in der Unzulänglichkeit des politischen Mittels zu finden. Aus diesem Grunde strebt man heute nach der Diktatur des Proletariats.

Die Massen des Proletariats erwarten von der Durchführung der Revolution bis zur völligen Diktatur des Proletariats die Erlangung der wirtschaftlichen Freiheit und Gleichheit. Für sie spielt das Produktionsinteresse, d. h. das allgemeine Wirtschaftsinteresse des deutschen Volkes längst keine ausschlaggebende Rolle, sondern *ihre Einstellung ist völlig individualistischer*

Natur und stellt eine Form des Sozialismus dar, wie dieser in seinen allerersten Anfängen, in seinen radikalsten Formen besaß. **Die deutschen Kommunisten besitzen nicht etwa eine eigene neue Originallehre, sondern sie haben sich die Theorien zu eigen gemacht, die mit Hilfe des Revisionismus und der Erkenntnis der marxistischen Geschichtsauffassuug durch den Sozialismus nun endlich überwunden sind.** Die deutschen Kommunisten beabsichtigen die deutsche Wirtschaft nach dem Gesichtspunkte ihrer eigenen Erwerbsinteressen umzugestalten, ohne die geringste Rücksicht auf das Wirtschaftsinteresse des deutschen Volkes zu nehmen, ohne das Prinzip der Produktionserhöhung zum Kriterium der Wirtschaftsumgestaltung zu machen. Deshalb besteht für sie in der drohenden Zerstörung und Vernichtung der deutschen Wirtschaft auch kein besonderes Abschreckungsmittel. Zwar die Methoden des russischen Bolschewismus, der die einzige Möglichkeit zum Aufbau des sozialistischen Wirtschaftssystems in der Zerstörung, nicht der bestehenden Wirtschafts*formen*, sondern der einzelnen Wirtschafts*körper* selbst sah, muß heute in Deutschland als überwunden gelten. Sie war ein Kampfmittel, dessen sich die russischen Kommunisten bedienen mußten, wenn es ihnen gelingen sollte, die gewaltige wirtschaftliche Macht der Bourgeoisie zu unterdrücken. In den gewaltigen Gebieten Rußlands, in denen der Einzelne sich gar leicht dem Arm der Staatsgewalt entziehen und einer nicht nach allen Richtungen hin gefestigten Staatsautorität Trotz bieten kann, in Rußland ist mit der politischen Gewalt selbst in der Form der Diktatur des Proletariats noch nicht gleichzeitig die wirtschaftliche Macht gegeben. Deshalb mußten die Bolschewisten erst die Grundlagen der bürgerlichen Wirtschaftsmacht zerstören, d. h. sie mußten Handel und Industrie gewaltsam stillegen. Die deutschen Kommunisten haben auf dieses System bereits Verzicht geleistet. Selbst die Radikalsten unter ihnen halten die Eroberung der politischen Macht durch Diktatur des Proletariats für ausreichend zur sofortigen Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und zur Einführung des sozialistischen Wirtschaftssystems. Allerdings besteht noch heute bei einem großen Teil der Massen der auch in Rußland längst überwundene Glaube, daß diese Umwandlung ohne die Mitarbeit der Unternehmer geschehen könne und daß man der „Fachleute der Organisation“, die die Unternehmer ja darstellen, sehr wohl entraten könne. Diese Kurzsichtigkeit ist nur erklärlich, aus der Verachtung jeglichen allgemeinen Wirtschaftsinteresses, aus der Verneinung des Gesichtspunktes der Produktionserhöhung und aus der ausnahmslosen Berücksichtigung und skrupellosen Durchsetzung einzelner Klasseninteressen. In der Tat erwarten die Kommunisten die Beseitigung der Klassenherrschaft durch die Errichtung einer zeitweisen Klassenherrschaft des Proletariats, mit deren Hilfe dann das sozialistische Wirtschaftssystem, das zur Beseitigung der Klassengegensätze führen müsse, durchgeführt werden soll. *Der Trugschluß ist ein doppelter. Einmal, als er eben in völliger Verkennung marxistischer Theorien an die Möglichkeit grundlegen-*

der Wirtschaftsumwandlungen durch gesetzliche Dekrete mit Hilfe politischer Macht glaubt und indem er ferner nicht erkennt, daß die einmal erkämpfte Klassenherrschaft des Proletariats niemals ohne Kampf wird beseitigt werden können.

Die Formen der proletarischen Diktatur sind bereits in den Kreisen der Kommunisten ein heftiger Streitgegenstand. Während die einen sich darunter eine Art politischer Anarchie vorstellen, in denen eine Waffen tragende rote Garde zwar nicht zur Aufrechterhaltung der Ordnung, wohl aber zur Unterdrückung der Bourgeoisie dienen soll, sehen die Gemäßigteren in einer Rätediktatur das einzige Heil. Diese Rätediktatur soll ausgeübt werden einzig und allein von dem Proletariat, d. h. nur Handarbeiter haben das Recht, Mitglieder der zu wählenden Räte zu werden, während in der Hand dieser Räte die gesetzgebende und exekutive, politische und wirtschaftliche Macht liegen soll. Es wird also nicht nur die Demokratie völlig negiert, sondern auch die wirtschaftliche Gleichberechtigung der Staatsbürger verneint und allein die Herrschaft der Klasse des Proletariats anerkannt. Der rechte Flügel der Kommunisten nähert sich bereits dem Standpunkt der Unabhängigen und hat sich zu der Ueberzeugung durchgerungen, daß ohne die Intellektuellen die Umgestaltung des Wirtschaftslebens in die Formen der sozialistischen Gesellschaftsordnung nicht möglich ist. Sie sind deshalb der Ansicht, daß man die Intellektuellen, also die freien Berufe und die Beamten mit in das Proletariat hineinbeziehen müsse, um so die Basis für die Sozialisierung zu schaffen. Die Unabhängigen gehen in ihrer Formulierung noch einen Schritt weiter. Sie erklären in ihrem Aktionsprogramm, das der Parteitag im März dieses Jahres beschlossen hat, zwar auch die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats als notwendige Vorbedingung für die Verwirklichung des Sozialismus, sehen aber in dem Proletariat den Vertreter der großen Volksmehrheit, mit anderen Worten: sie behaupten, daß durch das rein formale demokratische System noch nicht eine wahre Gleichstellung und Demokratie erreicht ist. Die große Mehrheit des Volkes sei besitzlos und gehöre deshalb zum Proletariat. **Das politische rein formale demokratische System sei aber nicht in der Lage, diese bestehende Volksmehrheit des Proletariats zur Darstellung zu bringen, weil dies durch die wirtschaftliche Macht der Minderheit verhindert werde.** Für die Unabhängigen stellt die Diktatur des Proletariats also nicht die Herrschaft einer Minderheit, sondern einer Volksmehrheit dar. Leider lassen nun die einzelnen Punkte des Aktionsprogramms nicht erkennen, ob die Unabhängigen infolge dieser Auffassung die wesentlichen Grundlagen der demokratischen Staatsform in den Parlamenten bestehen lassen wollen. Zwar sind die Parlamente als Kampfmittel anerkannt, zwar ist nirgends erklärt, daß ausschließlich das Rätesystem die neue Staatsform erschöpfen werde, es ist andererseits aber auch für das Gegenteil kein Beleg zu finden. Das kommt daher, daß der Parteitag der Unabhängigen

sich über diese Fragen durchaus nicht einig war, und daß dieses Aktionsprogramm deshalb ein Kompromiß zwischen den verschiedenen Richtungen darstellt. Es gibt heute in der unabhängigen Sozialdemokratie im wesentlichen drei Richtungen. Die Radikale, die durch Däumig vertreten wird, fordert mit der Parole: alle Macht an die A. und S. Räte, Uebernahme der gesamten politischen Macht durch das Rätesystem, fordert mit anderen Worten die Rätediktatur unter Ausschaltung aller demokratischen Sicherungen. Die von Haase, Cohn und Dittmann vertretene Gruppe hält an gewissen demokratischen Prinzipien fest und will das Rätesystem in eine organische Verbindung mit der formalen Demokratie der Parlamente bringen. Die dritte Gruppe, die etwa von Wurm vertreten wird, lehnt das System der Räte überhaupt ab, hält an der formalen Demokratie fest und erwartet nur von einer sofortigen Durchführung der Sozialisierung den Wiederaufbau des Wirtschaftslebens. Es zeigt sich also, daß sowohl in der kommunistischen Partei, wie bei den Unabhängigen so verschiedenartige Richtungen bestehen, daß die äußeren Flügel der beiden Parteien stets weiter von einander entfernt sind, als die sich am nächsten stehenden Gruppen der beiden Parteien. Diese Erscheinung ist der deutliche Beweis dafür, daß die Trennung eine durchaus unnatürliche ist, daß die Parteien sich in Gärung befinden und daß eine neue Konsolidierung der sozialistischen Gruppen erfolgen muß.

Das Bild kann leicht vervollständigt werden durch die Darstellung der verschiedenen Richtungen innerhalb der Mehrheitspartei der Sozialdemokratie. Wir können es uns jedoch nicht versagen, noch auf die eigenartige Entwicklung des theoretischen Kommunismus hinzuweisen, der seinen neuesten Niederschlag in einer Broschüre Julian Borchards: „Der Kommunistische Aufbau“ gefunden hat. Bereits in der Einleitung lehnt Borchard die Anschauung ab, als ob mit politischer Macht allein die Durchführung des Sozialismus möglich wäre. Es heißt dort: „Aber ebenso weltfremd wäre die Einbildung, die Gewalt allein könne zur Vollendung der Revolution genügen.“ „Sie kann Vergewaltigung abwehren, kann eine verlogene Presse zum Schweigen bringen, die das Volk durch falsche Mitteilungen gegen den Kommunismus aufhetzt: sie kann die von den Besitzenden angewandte Gewalt, wenn diese sich dem Kommunismus entgegenstemmt, brechen, das alles kann die Gewalt, und deshalb ist sie unentbehrlich. Aber sie kann nicht den Kommunismus verwirklichen!“ Borchard lehnt also hier restlos die Anschauung ab, als ob der Kommunismus durch Gewaltmaßnahmen politischer Natur durchgeführt werden könne, wenn nicht wirtschaftlich die Entwicklung bereits für den Kommunismus reif ist und gerade im weiteren Verlauf der Broschüre zeigt er aufs deutlichste, daß wir zwar auf dem Wege zum Sozialismus und Kommunismus sind, daß seine Durchführung aber nur ganz allmählich und organisch geschehen kann. Es sind, abgesehen von einzelnen wenig klaren und nicht sehr methodischen Anschauungen und von utopistischen Verwirrungen, kaum noch irgendwelche prinzipiellen Differenzen in der

Broschüre gegeben, die diese Form des Kommunismus von der heutigen Theorie des Sozialismus trennen. Borchard hat auch bereits das Prinzip der Steigerung der Produktion und der Produktivität der Arbeit als das treibende Moment der wirtschaftlichen Entwicklung erkannt, wenn er sich auch noch nicht dazu durchringen konnte, es eben deshalb zum Kriterium aller die Wirtschaft beeinflussenden Maßnahmen zu machen. Auch er fordert bereits die Produktionssteigerung im Gemeinschaftsinteresse. „Die Produktivität muß so hoch gesteigert werden, daß sie alle, selbst die heute als überflüssig erscheinenden Bedürfnisse nicht nur zu befriedigen, sondern sogar reichlich zu befriedigen vermag." Ohne sich heute auf das rein platonische Vergnügen einzulassen, über das mehr oder minder utopistische und den Zeitpunkt der Erreichung dieses Zieles zu diskutieren, muß als wesentlich festgestellt werden, daß hier der Versuch gemacht ist, die Einzelinteressen in organische Verbindung mit dem Gemeinschaftsinteresse zu bringen. Hierin also ruht die Lösung für die modernen sozialistischen Probleme und der Schritt von diesem Kommunismus zur Form des modernen Sozialismus ist winzig klein. Hans Berliner, der in derselben Broschüre die Fragen des praktischen Kommunismus der Gegenwart behandelt, sagt klar und deutlich: „An die Stelle der Kämpfe um höheren Lohn werden die bewußten Kämpfe der Arbeiter um den Besitz des Kapitals treten, aber auch diese Frage darf nicht nur halb gelöst werden; denn nur zu leicht kann sich die Idee festsetzen, daß mit der Eroberung der Fabrik durch die Arbeiter das tausendjährige Reich angebrochen sei, vielmehr gilt es auch hier mit allem Nachdruck und nicht mißzuverstehender Deutlichkeit zu sagen, daß die Enteignung des Kapitals nicht zu Gunsten der zufällig in einer Fabrik, auf einem Gut usw. beschäftigten Arbeiter geschehen darf, sondern daß die zufällig darin beschäftigten Arbeiter nur insofern die Eigentümer sind, als sie selbst einen Teil der Allgemeinheit bilden, daß aber die Ergebnisse der Produktion, der Nutzen, der in diesem Unternehmen geleisteten Arbeit nicht für die daran beschäftigten Arbeiter einen besonderen Vorzugsanspruch begründe." Das sind Sätze modernster marxistischer Wirtschaftsauffassung, die Berliner völlig konsequent in der Frage nach der Enteignung der Betriebe mit folgenden Worten bestärkt: „Die Umgestaltung der kapitalistischen Welt in die kommunistische muß weiter an dem Grundsatz festhalten, nützliche Arbeit möglichst wenig zu stören, auch wenn sie noch einstweilen privatem Nutzen dient. Die Frage der Enteignung wird deshalb stets verbunden sein müssen mit der Frage, ob durch den geplanten Eingriff solche nützlichen Arbeiten gestört oder gar unterbunden werden." Wenn man an Stelle des Begriffes der „nützlichen Arbeit" den wissenschaftlicheren Terminus der Produktivität setzt, so wird man diese Sätze nicht nur in allen Deduktionen des modernen theoretischen Sozialismus finden, man hätte sie nicht nur seit Jahren als revisionistische Auffassung des Sozialismus in den „Sozialistischen Monatsheften" lesen

können, man findet sie heute auch bei einem großen Teil der jüngeren Politker der bürgerlichen Parteien, vor allem der deutsch-nationalen Partei, die erkannt haben, daß das wichtigste Moment der Gegenwart der Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft ist; daß dieser Wiederaufbau identisch ist mit größtmöglichster Produktionssteigerung und daß diese wiederum nur durch die organische Zusammenfassung aller produktiv schaffenden Kräfte zu erreichen ist.

Es kann kein Zweifel sein, daß hier die ersten Ansätze zu einer Neugestaltung des kommenden Sozialismus gegeben sind. Zwar ist die offizielle sozialdemokratische Mehrheitspartei auch heute noch nicht frei von den Fesseln engster formalistisch demokratischer Denkungsweise. Während bei den Massen die Hoffnung auf die Erfüllung der Sozialisierungswünsche völlig auf das Erlangen der politischen Diktaturgewalt gesetzt wird, kann auch die parteioffizielle mehrheitssozialistische Anschauung sich noch immer von der gewaltigen Ueberschätzung der politischen Macht nicht loslösen. Die Partei-Instanzen haben selbst ja nie daran geglaubt, daß mit der Uebernahme der politischen Macht durch die Partei der Sozialismus gekommen sei, deshalb sehen sie heute das einzige Rezept darin, die politische Macht zu festigen und zu behaupten und abzuwarten, bis der Sozialismus von selber kommt. Das heißt, abgesehen von ihren Diäten, Honoraren und Gehältern verzichten sie in jeder Position auf die Rolle des Parteiführers. Mit Schlagworten und Phrasen haben sie die Massen weiter traktiert, diese aber glauben heute nicht mehr blindlings, sondern erwarten Taten zu sehen. Diese Taten aber sind ausgeblieben. Sowohl die sozialistischen Revolutionsregierungen, wie das Koalitionskabinett haben den sozialistischen Charakter der Revolution mehr und mehr verfälscht und heute ist bereits das Wort Sozialisierung wieder ein Kinderschreck geworden, mit dem man politische Säuglinge ins kapitalistische Netz zurücktreibt. Wir stehen dicht vor dem Verlust aller wirtschaftlichen Errungenschaften der Revolution, dieser Verlust aber muß die Erneuerung des Klassenkampfes bedeuten und dieser Klassenkampf ist heute der Untergang des deutschen Wirtschaftslebens und das Ende des deutschen Volkes. Die Schuld an dieser Entwicklung trägt die offizielle mehrheitssozialistische Partei. Sie hat es nicht nur nicht verstanden, ihren politischen Sieg geistig auszuwerten, in jeder politischen Situation haben ihre Führer sich leistungsunfähig erwiesen, nicht nur in innenpolitischen Fragen, nicht nur in parteipolitischen Konstellationen, auch außenpolitisch und wirtschaftspolitisch. Innenpolitisch hat die sozialistische Revolutionsregierung den Augenblick der Einheitsbegeisterung im deutschen Volke nicht zu nutzen gewußt, um die lästigen Landesgrenzen, die noch immer die Aktionsfähigkeit des deutschen Volkes hindern, zu beseitigen. Der unitarische Staat

konnte in den Tagen des November geschaffen werden; daß er nicht geschaffen wurde, ist die Schuld der sozialistischen Führer, die in völliger Unfähigkeit kein anderes Heil kannten, als die Nationalversammlung. Aber auch zu dieser wagten sie nicht, konsequent und plangemäß hinzustreben, Zögern und Zagen verschob den Termin immer weiter hinaus. Erst das revolutionäre Parlament des ersten Rätekongresses mußte die sozialistische Regierung zwingen, die lange verzögerte Nationalversammlung früher einzuberufen als vorgesehen war. So hatte man inzwischen die Unordnung, Unsicherheit und Unzuverlässigkeit im Lande überhand nehmen lassen, hatte dadurch den Gegnern das Agitationsmittel in die Hand gegeben, von der Regierungsunfähigkeit und Leistungsunfähigkeit des Sozialismus zu sprechen. Zu keiner Tat besaß man den Mut, man wagte nichts Ernsthaftes in der Frage des deutsch-österreichischen Anschlusses zu tun. Sechs Monate ließ man außenpolitisch die Dinge laufen, wie sie laufen wollten, keine einzige außenpolitische Aktion wurde eingeleitet, kein noch so schwacher Versuch gemacht, mit Hilfe der öffentlichen Meinung der Welt, durch klare Bekanntgabe der eigenen Stellung Einfluß auf die Friedensverhandlungen zu gewinnen. Kein Schritt zur Konsolidierung Rußlands ist geschehen. Wie immer die außenpolitischen Fragen aussehen mochten, allen stand die Regierung hilflos und planlos gegenüber. Wie sie innenpolitisch auf die Hilfe der Nationalversammlung gewartet hatte, so wartete sie außenpolitisch auf den Friedenskongreß und die Gnade Wilsons. Sie vermochte dem Volke keine einigende Idee auf innenpolitischem, kein zusammenschweißendes Motiv auf außenpolitischem Gebiete zu geben. Vor den großen, neu auftauchenden Fragen des Räte-Systems stand man starr und hilflos und glaubte sie dadurch beseitigen zu können, daß man die Augen vor ihnen schloß und ihre Existenz bestritt. Die Folge war eine gewaltige Empörung in der Arbeiterschaft. Instinktiv erkannte diese die Leistungsunfähigkeit der Regierung und fühlte sich in ihren Hoffnungen enttäuscht, in ihrem Vertrauen verraten. Um so fester setzte sie die Hoffnung auf die Arbeiterräte, um so schneller verbreitete sich die Idee des Rätesystems im ganzen Volke, um so fester wurzelte nach wenigen Wochen der Revolution im Volke dieser Gedanke. Heute ist er unauslöschlich in das Volksbewußtsein eingeprägt und keine Scheinbegriffe, keine trügerischen Namensverfälschungen vermögen ihn auszulöschen. Was die Regierung nicht erkannt hat, den einzig gangbaren Weg zum wirtschaftlichen Wiederaufbau des deutschen Volkes, das Volk selbst hat ihn längst erkannt. Während die sozialistische Regierung auf ihrem ureigensten Gebiete, dem wirtschaftlichen, nicht ein einziges Ziel zu finden vermochte, während sie hilflos und ratlos den Fragen der Sozialisierung gegenüberstand, während sie die einfachsten Sozialisierungsmaßnahmen versäumte und so bei den Gegnern den Sozialismus diskreditierte, bei den Massen aber das Vertrauen einbüßte, während sie so aus der Revolution eine Lohnbewegung werden ließ, während sie dort

versuchte, Widerstand zu leisten, wo es unsozialistisch und sinnlos war, während sie an andern Stellen nachgab, so in der Frage der Verminderung der Arbeitsleistung, wo auch dieses Nachgeben unsozialistisch und sinnlos war, während dieser völligen Hilflosigkeit der Führer begann das Volk sich selbst sein Ziel zu bilden.

Hinter der Ansicht oder besser der Ansichtslosigkeit der Führer der Mehrheitssozialisten, die alle Hoffnung auf das bürgerlich-liberale Programm des weiteren demokratischen Ausbaus setzen, steht heute sicherlich nur noch ein verschwindend kleiner Teil der sozialdemokratischen Partei, wahrscheinlich haben die Führer überhaupt niemand mehr hinter sich. Einzig und allein die seit Jahrzehnten geübte Parteidisziplin verhindert heute das sofortige Aufbegehren sämtlicher Parteianhänger, aber schon beginnt die Opposition in der Partei sich zu regen. Der Anhang der ehemaligen Revisionisten, die heute wie stets mit klaren, fest umrissenen Zielen in jedes Gebiet der Politik hineintreten, wächst von Tag zu Tag. Die sozialdemokratische Provinzpresse gerät täglich in immer neuen Fragen in immer schärferen Widerspruch zum parteioffiziellen Organ, dem „Vorwärts". An allen Enden des Reiches entsteht starke und kräftige Opposition der Jungen in der Partei. Und so sehr auch diejenigen, die durch ihre Anciennität in der Partei, durch das Absitzen von Jahrzehnten auf den Stühlen der Partei- und Gewerkschaftssekretäre das alleinige Recht auf sozialistische Ideen erworben zu haben glauben, sich mühen, ebenso ausschließlich auf dem Parteitag, wie in der Nationalversammlung vertreten zu sein, es wird vergeblich sein. Die Massen haben es satt, sich mit Phrasen von politisch unfähigen, im Parteibürokratismus erstarrten, der neuen Zeit völlig entfremdeten sogenannten Führern lediglich aus Parteiinteresse gängeln zu lassen. Das Volk hat seine politische Freiheit durch die Revolution nicht zu dem Zweck erkämpft, um sie gegen parteibürokratische Bevormundung einzutauschen. Die Massen haben es satt, sich von jedem Parteisekretär, der nur den Gesichtskreis seiner vier Wände besitzt, in jeder Frage des politischen Lebens seine Meinung aufzwingen zu lassen. **Das war nicht der Sinn der Revolution, das man regierungsoffizielle Gedankenknebelung gegen parteioffizielle Geistesverstumpfung eintauschte.** Die Revolution innerhalb der sozialdemokratischen Partei steht dicht bevor. Der proletarische Einheitsgedanke wächst von Tag zu Tag, und über den Widerstand der Führer hinweg wird eines Tages die Einigkeit der sozialistischen Gruppen erreicht werden. Bei der Betrachtung jeder einzelnen der sozialistischen Richtungen haben wir die Ansätze gefunden, die zur Einigung führen müssen. Es sind dieselben, die heute einigend im ganzen deutschen Volke wirken müssen und wirken werden. Das deutsche Volk hat heute nur eine Aufgabe, den wirtschaftlichen Neuaufbau mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln und Kräften durchzuführen. Die Erkenntnis, daß mit politischen Zwangsmaß-

nahmen allein die sozialistische Gesellschaftsordnung nicht erreicht werden kann, beginnt mit großer Schnelligkeit in den Massen um sich zu greifen. Andererseits ist die Ueberzeugungskraft der sozialistischen Ideen bereits so stark Eigentum des deutschen Volkes geworden, daß der künftige Aufbau des Wirtschaftslebens nicht ohne Berücksichtigung dieser Ueberzeugung erfolgen kann. *Das Kriterium der beginnenden Sozialisierung wird heute mehr denn je die Erhöhung der Produktion sein, und soweit diese Produktionserhöhung durch sozialistische Wirtschaftsreformen gesichert wird, ist sie ausschlaggebend für das nationale Wirtschaftsinteresse und muß deshalb Eigentum aller Parteien werden.* **Diese Produktionserhöhung wird aber nur erreicht werden können durch die Zusammenfassung aller produktiv arbeitenden Kräfte, die von je her das Ziel des Sozialismus gewesen ist. Diese Organisation der produzierenden Arbeitskräfte kann aber heute einzig und allein durch eine bestimmte Form des Räte-Systems gelöst werden.** Selbst die Kommunisten bringen also im Rätesystem trotz ihrer völligen Verkennung der wirtschaftlichen Grundbedingungen, die eben eine wirtschaftliche Diktatur von vornherein ausschließen, das wichtige Prinzip der Produktionserhöhung mit. Für unsern zertretenen und zerschlagenen Wirtschaftskörper ist es unmöglich, mit Hilfe des freien Handels und der freien Wirtschaft wieder zu gesunden. Es ist heute nicht möglich, die nationale Wirtschaft den Privat- und Profit-Interessen des einzelnen auszuliefern. Ueber jeder wirtschaftlichen Leistung muß die Frage stehen: ist sie für die Nationalwirtschaft erforderlich und nützlich? Diese Entscheidung aber kann nur getroffen werden von all' den an der Produktion beteiligten Faktoren und Arbeitskräften. *Das nach politischen Gesichtspunkten und nach formal demokratischen Grundsätzen gewählte Volksparlament ist nicht in der Lage, die Fäden der Nationalwirtschaft zu entwirren und in ihren letzten Verwicklungen aufzudecken.* **Es kann deshalb auch nicht regelnd und produktiv fördernd in das Wirtschaftsleben eingreifen. Es muß eine Kammer geschaffen werden, die die wirtschaftliche Struktur unseres Volkes wiedergibt und die, weil sie in engster Verbindung mit dem Wirtschaftleben selber steht, ja ein Abbild des Wirtschaftslebens darstellt, regelnd in das Wirtschaftsleben selber eingreifen kann.** Die Bedeutung des zweiten Rätekongresses liegt darin, daß er diese Idee in voller Klarheit erkannt hat und bereits den Weg gewiesen hat, der in dieser Richtung gegangen werden muß. Schon damals zeigte es sich, daß auch die übrigen sozialistischen Parteien bereit waren, an dieser Aufgabe mitzuarbeiten. Mit jedem Tage gewinnt diese Idee neue Anhänger. Nicht nur in den Kreisen der Arbeiter, sondern auch bei den Unternehmern. Alle diejenigen, die wirklichen Einblick in die Struktur des Wirtschaftslebens haben, die sich ein Bild zu machen versuchen von dem, was unserer Wirtschaft künftig not

tut, alle die sind allmählich davon durchdrungen, daß es nur diesen einen Weg der Zusammenfassung aller Kräfte zu wirtschaftlichem Neuaufbau gibt. So wird der Rätegedanke nicht nur der Kristallisationskern sein für die revolutionären Umwälzungen innerhalb der sozialdemokratischen Parteien, er wird auch die Grundlage für die Einigung der verschiedenen sozialistischen Gruppen bilden, und die Basis der neu aufzubauenden sozialistischen Theorie werden. Aber mehr, er wird auch einigend im ganzen deutschen Volke wirken, er ist bereits zu einer interparteilichen Forderung geworden, der gegenüber auch der Widerstand der Regierung nichts mehr bedeuten will. Die Kammern der Arbeit werden nicht nur das Gerüst für die wirtschaftliche Erneuerung Deutschlands darstellen, sie werden auch die einigende geistige Idee bilden, an deren Durchbildung alle Parteien gemeinsam, das ganze Volk harmonisch arbeiten wird.

Und dieser Rätegedanke wird nicht nur national beschränkt bleiben, er wird sich auf das gesamte Völkerleben ausdehnen. Die Räteidee ist ja nicht zum Selbstzweck entstanden, sie ist nur die Folge des Produktionsbegriffes. Dieser Produktionsbegriff nun wird dem System entsprechend auch auf die Beziehungen der Völker übertragen werden müssen. *Genau wie in der Innenpolitik, so bleibt in der Außenpolitik der Gesichtspunkt der Erhöhung der Produktion das alleinige Kriterium, und wie in der inneren Wirtschaftspolitik dieses Problem nur durch die Zusammenfassung aller produktiven Kräfte geschehen kann, so auch in der Weltwirtschaftspolitik.* Der Völkerbund ist nur dann eine wirkliche sozialistische Errungenschaft, wird nur dann ein Faktor für die Regelung der Weltwirtschaft und der Völkerbeziehungen sein, wenn er alle Konsequenzen des Begriffes der Produktionspolitik verwirklicht. Nur wenn aus dem Rätesystem in der Nation das Welträtesystem wird, hat der Völkerbund sein Ziel erreicht. *Und wie in der inneren Wirtschaftspolitik die Syndizierung der einzelnen Interessengruppen die Voraussetzung zu einem planmäßigen Aufbau des Räte-Systems und der Kammern der Arbeit unbedingt erforderlich ist, so ist in der Weltwirtschaft der Zusammenschluß der einzelnen Wirtschaftsgruppen und der von der Entwicklung bedingten Wirtschaftseinheiten die erste Voraussetzung für jede planmäßige Organisation der Weltwirtschaft.* Die Ansätze zeigen sich auch hier bereits, ist doch die Gruppe der angelsächsischen Wirtschaftsmächte bereits bestrebt, das Ziel der wirtschaftlichen Einigung zu erreichen. Das kontinentale Europa wird diesem Beispiel folgen müssen und ebenfalls zur wirtschaftlichen Verständigung kommen. Erst dann wird die Basis für das Welträtesystem gegeben sein.

Aus der Zersplitterung der sozialistischen Parteien, aus der bevorstehenden Revolutionierung der Parteien, aus der politischen

Zersplitterung des deutschen Volkes, aus dem wirtschaftlichen Zusammenbruch Deutschlands, aus der Zersplitterung Europas, aus der Uneinigkeit der Völker gibt es einen Weg zur Neugeburt der Parteien, zur Einigung des Proletariats, zur Wiedergeburt des deutschen Volkes, zum Neuaufbau der deutschen Wirtschaft, zur Einigung des kontinentalen Europas und zum Weltfrieden, und dieser Weg heißt: Produktionspolitik im Gemeinschaftsinteresse und ist: Sozialismus.

Berliner Buchdruck-Gesellschaft m. b. H., S 42, Brandenburgstr. 72-73